

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie
= Swiss journal of sociology

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

Band: 14 (1988)

Heft: 2

Artikel: Agrargesellschaften im sozialistischen System : zur Persistenz der
"Agrarfrage" in Polen

Autor: Giordano, Christian

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-814665>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

AGRARGESELLSCHAFT IM SOZIALISTISCHEN SYSTEM : ZUR PERSISTENZ DER "AGRARFRAGE" IN POLEN

Christian Giordano

Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie
Universität Frankfurt am Main, D - 6000 Frankfurt am Main

1. Die Besonderheit der polnischen Agrarstruktur

Innerhalb des sozialistischen Universums, das dem westlichen Bürger von der Presse allzuoft als uniform und monolithisch präsentiert wird, stellt Polen in vielerlei Hinsicht einen Sonderfall dar. Diese Spezifität lässt sich bereits aus der Betrachtung der politischen Geschehnisse der letzten Jahre ersehen, denn es war gewiss kein Zufall, dass die Sowjetunion während der polnischen Krise im Jahre 1981, d.h. auf dem Höhepunkt der Solidarnosc-Bewegung, nicht auf die üblichen Interventionsmethoden wie etwa in Ungarn und in der Tschechoslowakei zurückgegriffen hat. In Übereinstimmung mit dem Prinzip der "beschränkten Souveränität" war die zwar vorsichtige, aber im Hintergrund doch energische Haltung der damaligen Sowjetregierung in Wirklichkeit keine Absage an die altbewährte Invasionsstrategie, die letztlich eine osteuropäische Version der Kanonenboot-Politik ist. Es handelte sich vielmehr um eine kalkulierte Reaktion, die im Grunde die politischen und sozialen Imponderabilien der polnischen Spezifität berücksichtigte.

Dieser Artikel soll sich allerdings nicht mit der allgemeinen Sonderstellung Polens im System des "real existierenden Sozialismus" befassen. Dieses Problem kann auf Grund der Vielfältigkeit der "nicht-sozialistischen" Sonderbereiche, die die Gesamtheit der Nationalkultur sowie der Sozialstruktur prägen, im Rahmen eines so kurzen Beitrages nicht behandelt werden. Es ist daher zweckmässig, sich auf den wahrscheinlich relevantesten und sensationellsten Aspekt der polnischen Besonderheit, nämlich auf den aktuellen Charakter der Agrarstruktur zu konzentrieren.

Polen als Agrarstaat, in dem - trotz massiver Industrialisierungsbestrebungen - noch immer 27 % (1980) der aktiven Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sind (60 % im Jahr 1931 ; 47 % im Jahr 1950 ; 38 % im Jahr 1960) (Tepicht, 1973 : 48 ff, 140), stellt nun im Ostblock ein Unikum dar. Während in Bulgarien, Rumänien, Ungarn sowie in der Tschechoslowakei und in der DDR die Landwirtschaft nach dem Kriterium des "öffentlichen Besitzes der Produktionsmittel" organisiert ist, spielt in Polen die Be-

wirtschaftung des Bodens nach kollektivistischen Mustern keine wesentliche Rolle.

Dieser Unterschied zwischen Polen und den übrigen Ostblockstaaten lässt sich bereits aus einer groben Beobachtung der Gestaltung ruraler Räume ableiten. Fliegt man über bzw. fährt man durch die übrigen Ostblockstaaten, dann fallen die latifundienartigen Anbaukulturen der kollektivierten Güter auf. Betrachtet man nun die Organisation ländlicher Räume in Polen, dann wird deutlich, dass dort in der Regel die Dimensionen der landwirtschaftlichen Betriebe in erstaunlicher Weise denjenigen der Höfe in den nicht-kommunistischen Ländern Mitteleuropas ähneln. Zur Bekräftigung dieser etwas impressionistischen Feststellung wäre selbstverständlich ein Vergleich anhand von Luftaufnahmen sehr hilfreich. Da jedoch der Zugang zu solchen photographischen Materialien aus naheliegenden Gründen praktisch nicht gestattet ist, muss die Beobachtung durch statistische Daten ergänzt werden.

Die Unterschiede in der Besitzstruktur, die sich anscheinend auf die Gestaltung der ländlichen Raumordnung niederschlagen, lassen sich zahlenmäßig wie folgt zusammenfassen. In den übrigen Ostblockstaaten (Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Tschechoslowakei und DDR) beläuft sich der öffentliche Besitz von staatlichen bzw. genossenschaftlichen Grossbetrieben auf 80 % bis 90 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche. In Polen sieht die Situation praktisch umgekehrt aus, wie die folgenden offiziellen Daten, die wohlgemerkt die Situation der privaten Landwirtschaft stets herunterzuspielen versuchen, eindeutig zeigen :

| Landwirtschaftsbetrieb | ha | % |
|---------------------------|------------|-------|
| Private Höfe | 14.882.000 | 77.7 |
| Staatliche Güter | 3.383.000 | 17.7 |
| Genossenschaftliche Güter | 390.000 | 2.0 |
| Sonstige Güter | 496.000 | 2.6 |
| Total | 19.151.000 | 100.0 |

Quelle : Wos & Grochowski, 1979.

Tepicht ist in der Lage, dieses Bild noch zu bekräftigen, wenn er betont, dass in der polnischen Landwirtschaft 94 % der aktiven Bevölkerung, 88 % der gesamten Produktion und 82 % der kommerzialisierten Produktion dem Privatsektor angehören (Tepicht, 1973, 59 et 104).

Die Bedeutung des Privatsektors in der polnischen Landwirtschaft kann nun zusätzlich unterstrichen werden, wenn man bedenkt, dass die staatlichen Güter oft in sehr spezifischen Zonen wie etwa in den nach dem zweiten Weltkrieg erworbenen Gebieten an der Grenze mit der DDR bzw. in wenigen älteren, ausgeprägt latifundistischen Regionen konzentriert sind.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass paradoxerweise eine der Kornkammern des kollektivistisch orientierten und organisierten

COMECON letztlich aus privaten Klein- und Mittelbetrieben besteht, deren Fläche zwischen 1 ha und 20 ha variiert (Kolankiewicz, 1980, 29 ; Klodzinski, 1987, 67).

Um dieses Paradoxon mit seinen kulturenthropologisch und soziologisch relevanten Implikationen etwas näher zu erläutern, ist es nun sinnvoll, einen kurzen Überblick über die polnische Agrargeschichte zu geben.

2. Nationale Auflösung, politische Teilung und "Agrarfrage"

Zwischen 1772 und 1795 vollzog sich in drei aufeinanderfolgenden Phasen die Auflösung des siebenhundert Jahre alten polnischen Staatsverbandes. Die Teilungen Polens zwischen Russland, Österreich und Preussen, die nach dem napoleonischen Zwischenspiel vom Wiener Kongress im Jahre 1815 im wesentlichen bestätigt wurden, sind vermutlich - wie der berühmte Historiker Halecki hervorgehoben hat - nicht die wichtigste Ereigniskette der sehr komplexen polnischen Geschichte. Obwohl die Geschichtsschreibung diese Vorgänge vielleicht etwas überbetont hat, ist es unverkennbar, dass die Teilungen zum einen das grundlegende, noch heute in Polen nachwirkende Kollektivtrauma darstellen und zum anderen, dass diese die Evolution der Verhältnisse auf dem Lande in erheblichem Masse beeinflusst haben.

In bezug auf die polnische Agrargeschichte kann diese letzte Feststellung in zweierlei Hinsicht präzisiert werden.

- a) Die Teilungen haben - wie Kieniewicz gezeigt hat - die bereits bestehende Krise des Feudalsystems beschleunigt, denn sie begünstigten rechtlich und sozialpsychologisch die Auflösung der feudalen Abhängigkeitsverhältnisse.

Einerseits verabschiedeten vor allem Österreich und Preussen Reformgesetze, die die Rechte der Bauern erhöhten. Andererseits waren die feudalen Oberschichten sowie die noch recht dünne bürgerliche Klasse, die den Unabhängigkeitskampf anführten, davon überzeugt, dass eine Beteiligung der Bauern an diesem Kampf den Erfolg begünstigen könnte. In diesem Sinne schien die tiefgreifende Reform bzw. die Beseitigung des Feudalsystems notwendig und politisch opportun. Kieniewicz (1982, 52) fasst diesen Sachverhalt folgendermassen zusammen :

"A partir de l'Insurrection de Kosciuszko (1794) jusqu'à celle de 1863, toutes les énonciations patriotiques justifiaient le besoin d'une réforme de la condition paysanne par la nécessité d'entraîner les masses dans la lutte pour l'indépendance".

- b) Durch die Teilungen wurde Polen in drei voneinander abweichende politisch, rechtliche und sozio-ökonomische Systeme eingegliedert, so dass die Agrarstruktur von den spezifischen Gegebenheiten dieser Sy-

steme beeinflusst wurde. So veränderte sich beispielsweise die Grösse der Höfe, je nachdem ob die Realteilung von der jeweiligen Rechtsprechung zugelassen bzw. nicht anerkannt wurde.

Diese lokalen Varianten lassen sich nun laut Galaj sogar *noch heute* beobachten, wenn man die Besitzstrukturen und die sozio-ökonomische Organisation der ländlichen Regionen vergleicht, die unterschiedlichen Herrschaftsordnungen zugesprochen worden waren (Galaj, 1974, 318).

Es scheint deshalb sinnvoll, die agrargeschichtliche Entwicklung der russischen, österreichischen und preussischen Teile separat zu behandeln.

2.1. *Die Situation im russisch besetzten Gebiet*

Im russisch besetzten Teil, der 462.000 Km² umfasste, wurde das Feudalsystem am längsten aufrechterhalten. Dieses Gebiet war typisch für die grossen Latifundien, die im Besitz der Familien des polnischen Hochadels wie den Radziwill, den Czartoriski, den Potocki und den Lubecki bzw. der russischen Krone standen. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass ein Viertel dieser Latifundien dem Zar gehörte, der diese Besitztümer wiederum an russische Honoratioren, vor allem an hohe Beamte und das Militär, weiterverteilte.

Nach der Terminologie von Max Weber herrschte also im russisch besetzten Gebiet ein feudal-patrimonialistisches System, in dem das Eigentum an Boden von den einheimischen Magnatenfamilien und von der fremden Herrschaftsgewalt monopolisiert wurde. Den Bauern wurde zwar in der Verfassung von 1815 die persönliche Freiheit garantiert, das Recht auf eigenen Boden blieb jedoch unerwähnt.

Den privaten Grossgrundbesitzern waren Reformen innerhalb ihrer Latifundien selbst überlassen, folglich wurden solche Reformexperimente von einigen Mitgliedern der liberal-aufgeklärten Aristokratie auch versucht.

Zu einer ersten Lockerung des Feudalsystems kam es 1846; die Bauern sicherten sich jedoch das Recht auf Boden sowie die endgültige Abschaffung der Frondienste erst im Zusammenhang mit dem Aufstand von 1863. Daraufhin begann, nach dem Ukase von 1864, die tatsächliche Landverteilung.

Diese Massnahme hatten nicht den erhofften Effekt, denn die Zahl der landlosen Agrarbevölkerung im russisch besetzten Teil nahm trotz massiver Migration in die Vereinigten Staaten weiter zu. Brodowska und Galaj haben darauf hingewiesen, dass die Zahl der landlosen Bauern zwischen 1870 und 1891 sogar um 10 % angestiegen ist (Brodowska, 1961, 129 ff; Galaj, 1974, 320).

Der Entfeudalisierungsprozess führte selbstverständlich zur Bildung vieler kleiner und mittlerer Betriebe, die von selbständigen Bauern geführt wurden. Besonders in der Nähe von Warschau entstanden dabei Höfe, die sich

auf den intensiven Anbau von Gemüse spezialisierten. Dass diese Entfeudalisierungsmassnahmen im russisch besetzten Gebiet zur Bildung einer neuen rational-kapitalistisch orientierten Schicht - nämlich dem von Kieniewicz genannten ruralen Mittelstand - geführt haben, soll hier nicht bezweifelt werden (Kieniewicz, 1982). Die ansteigende Zahl der landlosen Agrarbevölkerung, die sich zwischen 1900 und 1914 nochmals verdoppelte, deutet jedoch darauf hin, dass die erwähnten Reformgesetze bis zum Ende des ersten Weltkrieges, d.h. bis zur Wiedervereinigung Polens, die "soziale Frage" auf dem Lande nicht zu lösen vermochten. Als nicht zu unterschätzende zusätzliche Belastung der bereits kläglichen Situation im ruralen Milieu kam die systematische Russifizierung hinzu, die vor allem in den Schulen, in der Bürokratie und in der lokalen Selbstverwaltung rücksichtslos oktroyiert wurde (Wierzbicki, 1985, 234).

2.2. *Die Situation im österreichisch besetzten Gebiet*

Im österreichisch besetzten Gebiet, das die historischen Regionen Kleinpolen und Galizien im südlichen Teil des Landes umfasste, wurden die ersten Reformen zur Entfeudalisierung bereits unter der aufgeklärten Herrschaft von Josef II eingeführt. Das individuelle Recht auf Boden sowie die definitive Aufhebung der Frondienste wurde den Bauern nach der Revolte von 1848 zuerkannt. Im Zuge dieser Reformen wurden in Kleinpolen und Galizien Landverteilungen vorgenommen, die möglichst viele Bauern berücksichtigen sollten. Die Folge derartiger Massnahmen ist - wie Kieniewicz deutlich gezeigt hat - naheliegend : Nahezu jeder Bauer bekam sein ersehntes Stück Land, die Parzellen waren für die Sicherung des Existenzminimums allerdings viel zu klein (Kieniewicz, 1969).

Die Reformgesetze waren von einem ausgesprochen "liberalen" Charakter gekennzeichnet, so dass die neuen Eigentümer mit dem erworbenen Land machen konnten, was sie wollten. Konkreter formuliert : In Übereinstimmung mit den traditionellen Normen der galizischen Agrargesellschaft durfte der Bauer sein Eigentum weiter aufteilen und parzellieren. Auf Grund der in Kleinpolen und Galizien herrschenden Erbschafts- und Mitgiftpraktiken fand somit zwischen 1850 und 1914 eine beschleunigte Parzellierung der verteilten Ländereien statt, wodurch eine Besitzstruktur entstand, die als "schachbrettartig" (pol. : szachownica) bezeichnet wird.

Der Historiker Kieniewicz (1969, 204) fasst diese Situation humorvoll zusammen :

"As a result of repeated family divisions, dowry acquisition, sales and purchases, each peasant's land was scattered all over the village field - in lots so small that (...) when a dog lay on a peasant's ground the dog's tail would protrude on the neighbor's holding".

Die bittere Ironie dieser Passage erklärt sich aus der Tatsache, dass die extremen Parzellierungstendenzen, die von keiner gesetzlichen Massnahme eingeschränkt wurden, schwerwiegende sozio-ökonomische Prozesse eingeleitet haben.

Die galizischen und kleinpolnischen Bauern waren dementsprechend um 1914 eine völlig verarmte und sozial deklassierte Schicht, die vor allem durch massive Migrationsbewegungen nach Amerika, speziell in die Vereinigten Staaten und nach Brasilien, ihrem Schicksal zu entgehen versuchte. Die ausgesprochen minifundistische Besitzstruktur mit ihren reduzierten Erwerbschancen war somit - wie Galaj betont - für das damals sprichwörtliche "galizische Elend" verantwortlich (Galaj, 1974, 321).

2.3. *Die Situation im preussisch besetzten Gebiet*

Im preussisch besetzten Gebiet war die Situation im ländlichen Bereich von den 1807 initiierten, sich bis 1872 hinziehenden Massnahmen zur Entfeudalisierung bestimmt. Diese Reformen, die mit tiefgreifenden Umschichtungen und wirtschaftlichen Veränderungen verbunden waren, haben zur Entwicklung eines sozio-ökonomischen Systems mit rational-kapitalistischer Orientierung entscheidend beigetragen.

Kapitalistisch geführte Güter von 100 ha bis 300 ha koexistierten also neben einer Fülle von Klein- und Mittelbetrieben, die mehrheitlich im Privatbesitz polnischer Bauern standen. Mit der Existenz kapitalistischer Grossbetriebe waren auch erhebliche zusätzliche Arbeitschancen gegeben, so dass insbesondere für die Eigentümer der kleineren Höfe die Möglichkeit eines Nebenerwerbs als Lohnarbeiter bestand.

Da im XIX. Jahrhundert die Industrialisierung in Preussen wesentlich schneller als in Österreich und in Russland vorangetrieben wurde, konnte der Arbeitskräfteüberschuss auf dem Lande durchaus auch von dem sekundären Sektor absorbiert werden. Diese Alternative wurde von der polnischen Agrarbevölkerung auch wahrgenommen; Rutkowski schätzt, dass zwischen 1815 und 1914, 650.000 Menschen aus dem erwähnten Gebiet in andere Teile Preussens ausgewandert sind (Rutkowski, 1950, II, 234 ff). Die überwältigende Mehrheit dieser Migranten fand - wie Rutkowski hinzufügt - eine Beschäftigung als Industriearbeiter.

Es ist somit deutlich, dass die ökonomischen Ressourcen der polnischen Agrarbevölkerung im preussisch besetzten Gebiet wesentlich besser waren als die in den anderen beiden Landesteilen.

Es gibt allerdings auch eine Kehrseite der Medaille, denn neben dieser relativ günstigen Wirtschaftslage, die gewiss auch auf die Effizienz der Reformen zurückgeführt werden kann, bestanden andere schwerwiegende Probleme, die mit der Präsenz von ethnisch-kulturellen Spannungen zusammenhängen.

Die preussische Regierung strebte, besonders unter Bismarck und seinen Nachfolgern, offensichtlich eine "Germanisierung" der besetzten Gebiete an, so dass die polnische Partizipation am polit-ökonomischen Leben immer mehr eingeschränkt wurde. Wie Galaj hervorgehoben hat, wurde im Zuge dieser Politik *erstens* die Kompetenz der lokalen Selbstverwaltungsinstitutionen drastisch begrenzt, *zweitens* die Lokalbürokratie "germanisiert" und *drittens* die Benutzung der polnischen Sprache in Ämtern, Schulen und Kirchen verboten (Galaj, 1974, 318 f).

Auf dem Lande wurde gleichzeitig die Ansiedlung deutschsprachiger Gutsbesitzer begrüsst. In diesem Sinne wurde beispielsweise ein Fond eingerichtet, der ausdrücklich die deutsche Präsenz in den ländlichen Regionen des preussisch besetzten Teils durch finanzielle Unterstützung stärken sollte.

Man kann sich schliesslich als Kulturanthropologe bzw. als Ethno-Soziologe des Eindrucks nicht erwehren, dass sich die problematischen interethnischen Beziehungen zwischen Polen und Deutschen im Zuge der "Germanisierungsbestrebungen" der preussischen Regierung nach und nach auch im ländlichen Bereich zu einem immer explosiveren Kulturkonflikt gesteigert haben. Selbstverständlich darf in diesem Zusammenhang auch die zunehmende nationalistische Orientierung der polnischen Landbevölkerung im preussisch besetzten Gebiet nicht unerwähnt bleiben.

3. Die "Agrarfrage" im polnischen Einheitsstaat

Die im vorigen Abschnitt aufgestellte These könnte nun folgendermassen lauten: Den drei Besatzungsmächten ist es trotz ihrer jeweiligen Reformtätigkeit nicht gelungen, die polnische "Agrarfrage" zu lösen. Der nach dem ersten Weltkrieg wieder vereinigte polnische Nationalstaat musste sich also mit einer äusserst kritischen Situation auseinandersetzen, die sich durch folgende Probleme sozio-ökonomischer sowie ethnisch-kultureller Art kennzeichnen lässt:

- a) den Latifundus und die dementsprechende Proletarisierung ruraler Schichten
- b) den Minifundismus und die zunehmende Verarmung kleiner Bauern
- c) die gespannten interethnischen Verhältnisse bzw. den Kulturkonflikt im ländlichen Milieu

Als zusätzliche Belastungen erwähnt Galaj mit Nachdruck die schwache Industrialisierung sowie das unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg einsetzende rapide Bevölkerungswachstum (Galaj, 1974, 320 ff). Die Gesamtheit dieser ungünstigen Bedingungen zwang die neue Regierung, schnell zu handeln und 1920 ein erstes Gesetz zur Durchführung der Agrarreform zu verabschieden. Die Ineffizienz dieser Massnahmen führte 1925 zu einer Novel-

lierung des Gesetzes, mit dem Ziel - wie der einleitende Paragraph ausdrücklich besagt -,

"starke, gesunde und produktionsfähige wirtschaftliche Betriebe verschiedener Art und Grösse"

zu errichten,

"welche privates Eigentum ihrer Besitzer sind".

In diesem Sinne sollte daher aller öffentliche Grundbesitz und der gesamte Privatbesitz, sofern er 180 ha (in Industriezentren 60 ha, in den Ostgebieten 300 ha) übersteigt, parzelliert werden. Den Enteigneten wurde allerdings das Recht auf ein Restgut eingeräumt.

Im Rahmen dieses Artikels können nun die Details der polnischen Agrarreform nicht behandelt werden. Es muss allerdings betont werden, dass sie von allen Seiten kritisiert worden ist.

Als Mitglied des Forschungsinstitutes für Agrar- und Siedlungswesen der Universität Berlin betonte Sering bereits 1930, dass die polnische Agrarreform als "Kampfmittel gegen die nationalen Minderheiten" eingesetzt wurde. Sering zufolge wurden die Mitglieder der nationalen Minderheiten bei der Durchführung der Agrarreform in doppelter Hinsicht benachteiligt. Zum einen wurden sie als Grossgrundbesitzer bevorzugt zur Enteignung herangezogen, zum anderen, als landlose oder landarme Kleinbauern, bei der Landverteilung unzureichend berücksichtigt (Sering, 1930). Es mag sein, dass die Kritik dieses Autors etwas nationalistisch eingefärbt ist, denn er bezieht sich verständlicherweise stets auf die Situation der deutschen Minderheit. Es ist jedoch anzunehmen, dass die polnische Regierung sich bei der Agrarreform sozusagen eine "Retourkutsche" für die zuvor genannten "Germanisierungsbestrebungen" ausgedacht hatte.

Von polnischer Seite kritisiert Lifszyc die Agrarreform als "Beschwichtigungsstrategie". Nach Meinung dieses Autors sollte somit die Agrarreform lediglich dazu dienen, die bäuerliche Unzufriedenheit zu kanalisieren und rebellistische Tendenzen zu bremsen (Lifszyc, 1928). Die Konsequenz dieser Strategie war eine demagogische Umverteilung, die die Grossgrundbesitzer nicht allzu sehr beunruhigen sollte und die zugleich jedem Bauern ein Stück Land garantierte. Es wurden somit in der Regel Parzellen geschaffen, die sich letztlich als viel zu klein erwiesen haben.

Die These des "generalisierten Minifundismus" ist vielleicht etwas zu extrem, sie ist jedoch nicht ganz unbegründet, denn - wie Vos gezeigt hat - sprechen auch einige wichtige statistische Daten dafür. Es ist tatsächlich ein Faktum, dass 1931, 64,5 % der individuellen Familienbetriebe die Grösse von 5 ha nicht erreichten. Davon waren 25,6 % Zwergbetriebe unter 2 ha. Schliesslich überstiegen nur 4,1 % der Familienbetriebe die Grösse von 15 ha (Vos, 1979).

4. Die Aktualität der "Agrarfrage" in Polen. Das sozialistische Modell landwirtschaftlicher Entwicklung als verfehlte Prophetie

Die polnische "Agrarfrage" gewann in der Nachkriegszeit wieder an Brisanz, als seine sozialistische Lösung nach sowjetischem bzw. bulgarischem Muster angestrebt wurde (Tepicht, 1973, 55 f).

Wie der Agrarsoziologe Galeski vorgeschlagen hat, lässt sich diese Periode, die praktisch die letzten vierzig Jahre umfasst, in drei Phasen aufteilen (Galeski, 1982, 130 ff). Die Entwicklung der ersten zwei Phasen stimmt nun grosso modo mit derjenigen der übrigen sozialistischen Länder überein. Erst in der dritten Phase entstehen die grundlegenden Abweichungen zwischen Polen und den anderen Staaten des "real existierenden Sozialismus".

Die erste Phase zwischen 1944 und 1948 kann als diejenige der radikalen Agrarreform bezeichnet werden. Während dieser Zeit wurden alle Güter mit mehr als 50 ha enteignet und nur partiell weiterverteilt. Im Hinblick auf die modellhafte Realisierung eines kollektivierte Sektors in der Landwirtschaft behielt der Staat 30 % der enteigneten Fläche.

Die programmatisch-ideologische Grundlage dieser Massnahmen war zweifelsohne Marx' Vorstellung, dass die Rationalisierung der Landwirtschaft und letztlich die Lösung der "Agrarfrage", nach welchem Muster auch immer, von der Existenz kleiner bäuerlicher Privatbetriebe gefährdet wird (Marx, 1979, Bd. III, 630 f). Die Rationalisierung des landwirtschaftlichen Sektors, die Marx als eines der grossen Resultate der kapitalistischen Produktionsweise betrachtete, setzt allerdings die Transformation der Ackerbauern als vorkapitalistische Relikte in landwirtschaftliche Lohnarbeiter voraus (Marx, 1979, Bd. III, 631). Ausserdem spielte bei dem erwähnten Agrarreformentwurf die Engels'sche Prophetie, wonach der bäuerliche Kleinbetrieb "unrettbar verfällt und verkommt", eine wesentliche Rolle (Engels, 1977). In seinem berühmten Artikel zur Bauernfrage in Frankreich und Deutschland hatte Engels den "unvermeidlichen Untergang des Kleinbauern" und die Entstehung entweder von kapitalistischen Grossbetrieben oder, alternativ dazu, von kollektivierte Genossenschaftsgütern vorausgesagt. Die Agrarreform, so wie sie durchgeführt wurde, war also lediglich ein taktischer Kunstgriff, um die Unterstützung der Bauern zu erreichen. Dabei richteten sich die parteigebundenen Reformfunktionäre nach folgender Aussage aus dem bereits zitierten Beitrag :

"Bei den aus seiner ganzen ökonomischen Lage, seiner Erziehung, seiner isolierten Lebensweise entspringenden und durch die bürgerliche Presse und die Grossgrundbesitzer genährten Vorurteilen können wir die Masse der Kleinbauern von heute auf morgen nur gewinnen, wenn wir etwas versprechen, wovon wir selbst wissen, dass wir es nicht halten können. Wir müssen ihnen eben versprechen, ihren Besitz (...) gegen alle anstürmenden ökonomischen

Mächte unter allen Umständen zu schützen..." (Engels, 1977, Bd. XXII, 498).

Die zweite Phase von 1948 bis 1956 kann die der forcierten Kollektivierung genannt werden. Abweichend vom Engels'schen Grundsatz einer gewissermassen natürlichen Transformation der Agrargesellschaft stützten sich die Planer und Experten auf die stalinistische Vorstellung einer streng gelenkten Veränderung der Sozialstruktur. Im Zuge der gesellschaftlichen Planung wurde daher ein Programm zur generalisierten Verstaatlichung des Bodens verabschiedet.

Die extrem familienzentrierte und privatbesitzorientierte Landbevölkerung war nun in Polen traditionsgemäss einflussreicher und numerisch stärker als die in der industrialisierten Tschechoslowakei bzw. in den Agrarstaaten Rumänien und Bulgarien. Dadurch nahm der Widerstand gegen die Kollektivierung der Landwirtschaft einen ausgedehnteren und effektiveren Charakter an als in den anderen Ostblockländern. Wie auch Galeski, der sich eine Zeitlang für die Kollektivierungsprogramme ausgesprochen hatte, zugeben muss, wurden auf Grund der hartnäckigen Opposition bis zur politischen Krise von 1956 lediglich 10.000 landwirtschaftliche Kollektivbetriebe errichtet (Galeski, 1981, 152).

Die dritte Phase von 1956 bis heute kann als die des "prekären Gleichgewichts" angesehen werden. Nach den Unruhen von 1956, die zu einem abrupten Machtwechsel in Polen führten, wurden die Kollektivierungsbestrebungen in der Landwirtschaft im Zuge der Entstalinisierung zurückgenommen. Die Dezentralisierung bzw. die Reprivatisierung von 8.500 landwirtschaftlichen Staatsbetrieben und die Abschaffung der Zwangsablieferungen an den Staat stellten für die damalige Zeit gewiss die zwei sensationellsten Massnahmen dar (Galeski, 1981, 156).

Diese Transformation führte nun zu einer paradoxen Situation, die folgendermassen zusammengefasst werden kann: Innerhalb des sozialistischen Systems, das noch immer an der erwähnten Engels'schen Prophetie festhält, wird eine Agrargesellschaft toleriert, die im Hinblick auf die Wirtschaftsweise, die Sozialstruktur und die Wertorientierung nicht nach sozialistischen Mustern denkt und handelt. Trotz der Engels'schen Prophetie gelang es also dem kommunistischen Parteiapparat und der Staatsbürokratie nicht im geringsten, die polnische Landbevölkerung auf die kollektivistischen Ideale umzustimmen.

Die Untersuchung von Saluda zeigt nun, dass die rurale Bevölkerung die Arbeit in landwirtschaftlichen Staatsbetrieben im Vergleich zur Tätigkeit im ruralen Privatsektor als "leichter" empfindet (Saluda, 1976). Im Gegensatz zur Annahme Saludas stellt diese Einstellung allerdings keine Absage an die private Produktionsweise durch die ländlichen Schichten dar, denn die Untersuchung von Wesolowski zeigt, dass Lohnarbeiter in landwirtschaftlichen Kollektivbetrieben, ganz anders als autonome Landwirte, die niedrigste Stufe der Prestigeskala einnehmen (Pohoski, 1970, 138). Die landwirtschaftlichen

Angestellten der Staatsgüter verrichten also eine relativ leichte Arbeit, die allerdings mit keiner sozialen Gratifikation verbunden ist, denn diese Lohnarbeiter gelten innerhalb der Statushierarchie sozusagen als "outcasts" (Pohoski, 1970, 138).

Eigentümer von Privathöfen nehmen dagegen in der Prestigeskala eine mittlere Position ein und werden im ruralen Milieu sogar höher als die Leiter der Staatsgüter eingeschätzt (Pohoski, 1970, 138). Der Familienbesitz und der private Landbesitz gehören nach wie vor zu den fundamentalen Aspirationen polnischer Landwirte, so dass die Höfe meist vererbt, jedoch selten gekauft werden (Pietraszek, 1976, 3). Diese Vorliebe für die familienzentrierte Privatwirtschaft auf dem Lande lässt sich auch an der erstaunlichen Kontinuität der Besitzstruktur im vorsozialistischen und im sozialistischen Polen verdeutlichen. Die folgende Tabelle zeigt in geradezu paradigmatischer Weise, dass zwischen 1931 und 1977 die Bedeutung der kleinen, privaten Familienbetriebe trotz der Veränderungen im polit-ökonomischen System praktisch konstant geblieben ist.

| Grösse der Betriebe | 1931 | 1977 |
|---------------------|------|------|
| bis zu 2 ha | 25.6 | 30.0 |
| 2 bis 5 ha | 38.9 | 30.5 |
| 5 bis 10 ha | 24.9 | 25.9 |
| 10 bis 15 ha | 6.5 | 9.2 |
| mehr als 15 ha | 4.1 | 4.4 |

Quelle : Wos, 1979.

Es wäre allerdings ein Trugschluss, die polnischen Bauern der Vorkriegszeit mit den privaten Landwirten im sozialistischen System gleichzusetzen. Die ökonomischen Grundbedingungen sowie gewisse traditionelle Wertmuster haben sich in den letzten fünfzig Jahren grundlegend gewandelt und modernisiert.

Gerade die ethnographischen Untersuchungen, wobei die monographischen Studien von Burszta in diesem Zusammenhang besonders hervorgehoben werden müssen, haben den Übergang vom autonomen und isolierten Bauerndorf zur modernen lokalen Gemeinschaft, die "durch eine Reihe von Abhängigkeitsverhältnissen mit ausserlokalen Systemen verbunden ist", in überzeugender Weise skizziert. Diese Untersuchungen sind im Grunde die konsequente Weiterführung der klassischen soziologischen Arbeit von Thomas & Znaniecki, die die Thematik der Desintegration der traditionellen Dorfgemeinschaft bereits angerissen hatte (Burszta, 1979, 47 ff ; Thomas & Znaniecki, 1958).

Ein wichtiger Punkt, der hier nicht vergessen werden darf, besteht nun darin, dass die Eingliederung der Agrargesellschaft in ausserlokale Systeme innerhalb der sozialistischen Organisation äusserst problematisch war. Das sozialistische System in Polen hat die "historischen" Bauern stets positiv dargestellt. Dazu wurden zahlreiche ethnographische Museen und "Museums-

dörfer" eingerichtet, in denen die Kreativität der bäuerlichen Volkskultur unterstrichen wird. Auf der anderen Seite berichten Soziologen wie Rambaud, Wierzbicki und Halamska davon, wie die gegenwärtigen "Bauern" als Inhaber von Familienbetrieben vom sozialistischen System ökonomisch und sozial benachteiligt werden (Rambaud, 1982 ; Wierzbicki & Rambaud, 1982 ; Halamska, 1985). Galeski ist sogar der Meinung, dass die polnischen Landbesitzer als Kern der post-traditionalen Agrargesellschaft die soziale Schicht sind, die vom sozialistischen System am stärksten diskriminiert wird (Galeski, 1982, 153). Für die Parteifunktionäre und Bürokraten handelt es sich dabei also sozusagen um eine "Klasse", die aus dem Rahmen fällt, denn sie falsifiziert die Engels'sche Prophetie. Es ist eine Klasse, die toleriert und zugleich schikaniert werden muss.

Diese spezifische Haltung hat nun die Kluft zwischen Staat und Partei einerseits und Agrargesellschaft andererseits stets vergrößert. Man kann folglich durchaus behaupten, dass die "Agrarfrage" in Polen aus marxistisch-dogmatischer, aus bäuerlicher und schliesslich auch aus wissenschaftlicher Sicht heutzutage noch längst nicht gelöst ist.

5. Die Kluft zwischen sozialistischem System und Agrargesellschaft. Widerstandsstrategien und ambivalentes Verhalten im ländlichen Milieu

Die verfehlte Lösung der "Agrarfrage" wird von der Landbevölkerung in der Regel als Missgriff staatlicher Institutionen interpretiert. Während der Epoche der Teilungen waren es die Fremdherrschaften, die für das Scheitern verantwortlich gemacht wurden ; im sozialistischen System werden dagegen Parteifunktionäre und Bürokraten für schuldig erklärt.

Die erwähnte Kluft zwischen Staat und Agrargesellschaft, die - mit Ausnahme der Periode zwischen den beiden Weltkriegen - im Grunde seit den Teilungen eine Konstante darstellt, beinhaltet zugleich eine ständige "Legitimitätskrise" der öffentlichen Institutionen. Mit der Terminologie von Max Weber kann daher angemerkt werden, dass sowohl den vergangenen fremden Herrschaftsordnungen als auch dem heute bestehenden Herrschaftssystem keine Legitimitätsgeltung zugesprochen wurde und wird (Weber, 1956, Bd. I, 122).

Zur Existenz einer "Legitimitätskrise" bzw. eines Konfliktes zwischen staatlicher Legalität und kultureller Legitimität gehören entsprechende Bewältigungsstrategien, denn die Gruppen und Schichten, die der Staatsgewalt die legale Legitimität absprechen, entwickeln spezifische Formen der offenen bzw. verschleierte Opposition.

Solche Phänomene können zweifelsohne auch in Polen beobachtet werden. Es gibt also einerseits offene Widerstandsstrategien, die besonders im

Hinblick auf die gegenwärtige Agrargesellschaft im sozialistischen System auch als Kampf um die soziale Identität bzw. als Kampf um den kollektiven Sozialstatus definiert werden können. Andererseits gibt es Infiltrationsstrategien, die vor allem auf die Manipulation der ökonomischen Ressourcen im verstaatlichten Sektor abzielen und dabei ausschliesslich auf einen persönlichen Vorteil gerichtet sind.

Es sollen nun vorerst die wichtigsten Widerstandsstrategien kurz angesprochen werden.

5.1. *Der bäuerliche Protest : Agrarrebellenismus und soziale Bewegung*

Polen wurde praktisch nie mit dem Phänomen des Banditismus konfrontiert. Braudel würde selbstverständlich darauf hinweisen, dass in Polen die geographischen Bedingungen für die Entstehung eines Bandenwesens gar nicht gegeben sind, denn erfahrungsgemäss lässt sich diese Form des ruralen Protestes vornehmlich in gebirgigen Regionen beobachten (Braudel, 1982, Bd. I, 34 ff).

Polen ist aber gleichzeitig ein Land, das bis heute von gewaltigen Wellen des bäuerlichen Widerstandes gegen die bestehenden Verhältnisse und speziell gegen den Staat überrollt worden ist. Vom historischen Standpunkt aus besteht also in Polen eine Tradition des Agrarrebellenismus, die bis in das XVII. Jahrhundert zurückverfolgt werden kann. Die beeindruckendste Abfolge von Bauernaufständen spielte sich allerdings im XIX. Jahrhundert ab, als die Bauern sich periodisch gegen die politischen, sozialen und ökonomischen Umstände im geteilten Polen auflehnten (Wierzbicki, 1985). Von der Kosciuszko-Revolution bis zum ersten Weltkrieg war das ländliche Milieu ein regelrechtes Pulverfass, das in jedem Moment zu explodieren drohte.

Autoren wie Kieniewicz deuten nun darauf hin, dass solche ruralen Aufstände in der Regel in keinem expliziten Zusammenhang miteinander standen und von ihrer Kurzfristigkeit gekennzeichnet waren (Kieniewicz, 1982). Hinzu kommt, dass diesen Protesten eine feste Organisation und ein genau definiertes Programm fehlten. Schliesslich verfügten die Aufständischen nicht über eigenständige Führer, denn diese kamen - wie Thomas und Znaniecki hervorgehoben haben - im Normalfall aus der bürgerlichen bzw. aus der aristokratischen Schicht (Thomas & Znaniecki, 1958). Nach Hobsbawm, der von Kieniewicz unterstützt wird, ist es deshalb nicht zulässig, von "*agrari-scher Revolution*" zu sprechen (Hobsbawm, 1962). *Agrarrebellenismus* ist daher die soziologisch bzw. kulturanthropologisch präzisere Bezeichnung.

Es wäre nun falsch, den polnischen Agrarrebellenismus als Widerstandsstrategie lediglich auf ein spontanes Phänomen zu reduzieren. Den ruralen Aufständen lag eigentlich meistens eine *soziale Bewegung* zugrunde, die man in Anlehnung an Heberle als das kollektive Handeln einer schwach strukturierten sozialen Gruppe mit einem mehr oder weniger logischen Bün-

del von Ideen über die menschliche Gesellschaft definieren kann (Heberle, 1967, 12 ff).

Soziale Bewegungen beinhalten meist offene Widerstands- und Protestaktionen, die allerdings nicht notwendigerweise zu Rebellionen führen müssen. Dies war beispielsweise der Fall bei der Solidarnosc-Bewegung auf dem Lande zu Beginn der achtziger Jahre, die im Grunde nichts anderes war als eine Fortsetzung der ruralen Protesttradition. Diese Beziehung zur Tradition war weder verschleiert noch unbewusst; sie war sogar intentional, denn die demonstrierenden Landwirte, wie der von Wierzbicki zitierte Vorfall von Bydgoszcz im Jahre 1981 zeigt, haben ganz eindeutig auf Symbole (Verkleidung als "Schnitter") und Parolen ("ernähren und verteidigen") der rebellierenden Bauern während des Kosciuszko-Aufstandes zurückgegriffen (Wierzbicki, 1985, 227 f).

Selbstverständlich waren in diesem Kontext die organisatorischen und programmatischen Grundlagen viel differenzierter als diejenigen des polnischen Agrarrebellenismus im XIX. Jahrhundert. Es ist unverkennbar, dass die Solidarnosc-Bewegung auf dem Lande aus offiziell anerkannten Verbänden bestand, die sich jedoch etwas später als die Gewerkschaft der Industriearbeiter konstituierten. Es ist ebenso unverkennbar, dass im untersuchten Fall die Reformprogramme und die Forderungen wie etwa die Schaffung eines Sozialversicherungssystems für Landwirte, die Verbesserung des Gesundheitswesens auf dem Lande, der Kampf gegen den Alkoholismus sowie die Liberalisierung der religiösen Erziehung ziemlich klar definiert waren.

Trotz dieser Merkmale lassen sich auch bei der ländlichen Solidarnosc ähnlich wie bei den Bauernbewegungen im XIX. Jahrhundert erhebliche Organisationsschwächen beobachten, die bei oppositionellen Arbeitergruppierungen seltener vorkommen. Es ist wenig bekannt, aber eine bezeichnende Tatsache, dass die bäuerliche Solidarnosc niemals eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation ins Leben gerufen hat. In der Realität handelte es sich eigentlich um drei Bauernverbände, die vom Warschauer Gericht anerkannt wurden. Auf Grund dieser Zwistigkeiten und Dissidenzen sprechen Rambaud und Wierzbicki ausdrücklich von einer "fehlenden Eintracht" (Non-Unity), die die Aktivitäten der Solidarnosc-Bewegung auf dem Lande in erheblichem Masse negativ beeinflusste (Wierzbicki & Rambaud, 1982, 218). Auch Halamska betont die Organisationsschwierigkeiten der Solidarnosc-Bewegung auf dem Lande, wenn sie von techno-ökonomischen, strukturellen und sozialpsychologischen Barrieren spricht. Kulturanthropologisch und soziologisch besonders relevant ist ihre Feststellung, dass diese Schwierigkeiten auch auf den vorsichtigen, ja misstrauischen Sozialcharakter der Mitglieder der polnischen Agrargesellschaft zurückzuführen sind (Halamska, 1985).

Eine weitere Ursache für die "fehlende Eintracht" und demzufolge für die Organisationsschwierigkeiten der ländlichen Solidarnosc waren gewiss der von Wierzbicki und Rambaud besonders betonte regionale Partikularismus

und der daraus resultierende Interessenpluralismus. So bildeten die mittleren und grösseren Landbesitzer aus Pommern und Schlesien eine eigene Gewerkschaft, die die spezifischen Interessen dieser Gruppe vertrat. Dieser Verband war entsprechend - um nur ein Beispiel zu nennen - für die Probleme der galizischen Minifundisten kaum sensibilisiert (Wierzbicki & Rambaud, 1982, 220 f). Gerade an diesem Fall lässt sich in paradigmatischer Weise die Aktualität von Geschichte nachweisen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die rurale Solidarnosc als Oppositionsstrategie gegen die legalen und zugleich illegitimen Eingriffe des sozialistischen Apparats im ländlichen Milieu die typischen Probleme einer sozialen Bewegung aufweist. Soziale Bewegungen beruhen per definitionem auf einem sehr empfindlichen Organisationsmechanismus und sind folglich stets von Zerfallerscheinungen und schismatischen Tendenzen bedroht. Die Auflösung der Solidarnosc im Dezember 1981 hat der sozialen Bewegung auf dem Lande allerdings eine unerwartete und abrupte Wendung gegeben.

Dieser Abschnitt wirft schliesslich die politisch und wissenschaftlich häufig debattierte Frage auf, ob und inwieweit eine Agrargesellschaft eine Revolution initiieren kann. Die Materialien aus Polen scheinen die These Mendras zu bestätigen, dass in Agrargesellschaften zwar zahlreiche periodische Protestaktionen in Form von Rebellionen bzw. sozialen Bewegungen, aber keine Revolutionen stattfinden (Mendras, 1976). In diesem Sinne gibt es also frappierende Ähnlichkeiten zwischen der polnischen Agrargesellschaft und vielen Bauernkulturen aus Europa und der dritten Welt. Der Bauer als Revolutionär ist vielleicht doch ein Typus, der lediglich der Phantasie der Literaten und Intellektuellen entsprungen ist.

5.2. *Oppositionelle Devotion*

Die glühende Religiosität der polnischen Bevölkerung ist inzwischen sprichwörtlich geworden. Die Frage, ob es sich dabei um ein Stereotyp handelt, kann in diesem Zusammenhang nicht genau beantwortet werden. Man kann jedoch in Übereinstimmung mit den empirischen Untersuchungen darauf hinweisen, dass religiöse Praktiken ein konstitutives Element der aktuellen Kultur im ruralen Milieu darstellen (Frykowski, 1983, 22). Burszta versucht allerdings, dieses Bild aus ethnologischer Sicht etwas zu präzisieren, und betont ausdrücklich - speziell im Hinblick auf die Agrargesellschaft - die Überwindung der traditionellen magisch-religiösen Weltanschauung und die Festigung moderner, rationalistischer Wertmuster (Burszta, 1979, 53). Polen ist somit zugleich eine streng katholische und höchst säkularisierte Gesellschaft (Bartoszewski, 1986, 280 ; Chalasinski, 1964 ; Chalasinski, 1972).

Die Besonderheit der polnischen Religiosität beruht nun auf ihrer starken Verankerung im Nationalbewusstsein. Nationale Identität und Devotion sind

in Polen untrennbar, so dass Piwowarski mit Recht von "patriotischer" Frömmigkeit sprechen kann (Piwowarski, 1986, 153).

Es ist demzufolge naheliegend, dass religiöses Verhalten in einer Situation, die durch eine tiefe Kluft zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Legalität und Legitimität sowie zwischen sozialistischem System und Nation geprägt ist, den Charakter einer Widerstandsstrategie gegen die oktroyierte sozialistische Ordnung annimmt.

Das ontologische Problem des Glaubens sollte hier nicht angesprochen werden, denn diese Frage betrifft den Theologen und nicht den Soziologen bzw. den Kulturanthropologen. In diesem Zusammenhang ist es deshalb interessanter festzuhalten, dass die Religion in der polnischen Gesellschaft der Gegenwart immer mehr eine praktisch-politische Dimension angenommen hat. Dabei darf allerdings die Bedeutung des institutionellen Rahmens nicht übersehen werden.

Die katholische Kirche als soziale Organisation ist die einzige Institution, die während der Teilungen und seit der Einführung des sozialistischen Systems kontinuierlich gegen die Allmacht der Fremdherrscher sowie der aktuellen politischen und bürokratischen Verwaltung gekämpft hat. Durch ihre mehr als hundertjährige Widerstandstradition verfügt sie also über die notwendige oppositionelle "Mentalität" sowie über entsprechende Infrastrukturen, so dass es sogar von einem rein opportunistischen Standpunkt aus vorteilhaft ist, mit ihr zu kooperieren.

Devotion in Polen beinhaltet also nicht nur Frömmigkeit. Es handelt sich dabei zugleich um eine politische Demonstration gegen die sozialistische und atheistische Herrschaftsordnung. Etwas überspitzt formuliert: Man geht in die Kirche, um die Opposition sichtbar zu machen, und man bringt die Kinder zum Religionsunterricht, um sie zum Oppositionsverhalten zu erziehen. Paradigmatische Formen der oppositionellen Devotion sind die organisierten bzw. spontanen Kundgebungen am Grabmal des ermordeten Paters Popieluszko, der wohlgerne aus einer ländlichen Familie stammte. Solche Erscheinungen spielen sich allerdings in einem urbanen Milieu ab, denn die Kirche des Heiligen Stanislaus Kotska befindet sich in einem Warschauer Arbeiterviertel, das seit den dreissiger Jahren paradoxerweise als "roter Zoliborz" bekannt ist.

Eine eher rurale Form der oppositionellen Devotion ist - um nur ein Beispiel zu nennen - die bäuerliche Pilgerfahrt nach Czestochowa, die jährlich im Monat August stattfindet. Typisch für diese Pilgerfahrt, die traditionell ein Erntedankfest ist, sind die kunstvoll dekorierten Gaben, die in der Regel aus landwirtschaftlichen Produkten gefertigt werden. Obwohl die klassischen Erntedankdekorationen nicht verschwunden sind, lässt sich eine zunehmende Politisierung der Motive beobachten. In diesem Sinne werden daher bevorzugt der Papst und das Kreuz als die hervorstechendsten Symbole der oppositionellen Kirche sowie der Adler, der die Nation als Gegenpol zum sozialistischen System symbolisiert, dargestellt.

Auch die auffallende Dominanz der nationalen, weiss-roten Farbkombinationen ist im Grunde eine deutliche Abgrenzung vom "roten" Sozialismus. Manchmal sind bei diesen Gaben päpstliche Zitate festzustellen, die die nationale Versöhnung in Polen postulieren. Damit ist selbstverständlich die Legalisierung der Solidarnosc gemeint. In anderen Fällen kommt der Oppositionscharakter noch deutlicher zum Ausdruck. So beispielsweise bei einer Gabe, die die Landkarte Polens mit den wichtigsten Daten des bäuerlichen Widerstands (1794 die Kosciuszko-Rebellion, 1940 der Anfang der Untergrundkämpfe gegen die nationalsozialistische Besetzung, 1981 die Anerkennung der ländlichen Solidarnosc) darstellt. Jedenfalls kann abschliessend gesagt werden, dass Czestochowa sich - ähnlich wie viele andere Wallfahrtsorte - inzwischen in ein Zentrum des bäuerlichen Widerstandes verwandelt hat, wo mit Hilfe der oppositionellen Devotion gegen das sozialistische System demonstriert wird.

5.3. *Die ambivalente Bewältigungsstrategie : Der Fall der Nebenerwerbslandwirte*

Seit der Phase der Kollektivierung zwischen 1948 und 1956 hat die polnische Landbevölkerung gelernt, dass harte und fleissige Arbeit keine Garantie ist, um die eigene sozio-ökonomische Position zu sichern. Galeski, der dieses Problem eingehend untersucht hat, fügt hinzu, dass dadurch das traditionelle Arbeitsethos polnischer Bauern, das auf Fleiss, Genügsamkeit und Wirtschaftlichkeit beruht, endgültig zusammengebrochen ist (Galeski, 1981, 153). Als private Landbesitzer haben die Landwirte feststellen müssen, wie sie von Parteifunktionären und Bürokraten permanent diskriminiert wurden, während die ineffizienten Staatsgüter gleichzeitig eine grosszügige Bevorzugung erfuhren. Konkret gesprochen : Die privaten Familienbetriebe erhielten praktisch kaum finanzielle Mittel in Form von Krediten und Zuschüssen für den Kauf von Maschinen und Traktoren, während in die Staatsgüter horrend Beträge investiert wurden. Wie bereits angedeutet, wirkte die Engels'sche Prophetie gerade bei solchen ungleichgewichtigen Finanzierungsmodalitäten besonders stark nach.

Infolge dieser Benachteiligungen verbreitete sich im ländlichen Milieu ein neues, ambivalentes Ethos, das in dem Motto "das System beutet mich aus, deshalb betrüge ich das System" zusammengefasst werden kann. Die adäquaten Handlungsstrategien beruhen nicht auf demonstrativem Widerstandsverhalten, sondern vielmehr auf zwar unscheinbaren, jedoch geschickten Unterwanderungsaktionen gegen die sozialistische Legalität.

So beteiligten sich die Landwirte einerseits mit ihren Produkten immer häufiger am zwar illegalen, jedoch tolerierten Markt der parallelen Ökonomie und versuchten andererseits zugleich, die Angestellten der staatlichen Verarbeitungs- und Vermarktungsgenossenschaften mit allen Mitteln auszutricksen, um grössere Erträge für ihre Erzeugnisse zu erzielen.

Die periodischen Versorgungskrisen, von denen die westliche Presse häufig berichtet, hängen zweifelsohne auch mit solchen ambivalenten Strategien zusammen. Es ist freilich wahr, dass die Staatsgüter und die Fleischfabriken chronisch ineffizient sind und das Versorgungssystem veraltet und irrational ist. Es ist aber auch wahr, dass die Landwirte oft die staatlichen Vermarktungsstellen nur mit wenigen Produkten schlechterer Qualität versorgen, um den besseren Teil ihrer Erzeugnisse für die parallele Ökonomie zu reservieren. So entsteht das Phänomen der langen Schlangen vor den leeren Geschäften, während durch die informellen Kanäle des parallelen Marktes eine erstaunlich grosse Auswahl an qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln zu entsprechenden Preisen zum Verkauf angeboten wird.

Ein relevanter Spezialfall von ambivalenter Strategie lässt sich am Beispiel der Nebenerwerbslandwirte demonstrieren. Nebenerwerbslandwirte (poln. : Chłoprobotnik) sind eine eindeutig expandierende Schicht von Doppelbeschäftigten, die sowohl die ökonomischen Ressourcen des verstaatlichten Industriesektors als auch diejenigen der privaten Landwirtschaft und der parallelen Ökonomie geschickt ausnutzen. Zur numerischen Konsistenz dieses Phänomens in der polnischen Gesellschaft schreibt Kolankiewicz :

"By 1970, only 37 % of individual peasant landholdings derived the greater part of their income from work on their holding, and 1 in 3 of the rural based occupationally active population was employed outside of the private agricultural sector" (Kolankiewicz, 1980, 30).

Die Arbeit im verstaatlichten Industriesektor sichert den Nebenerwerbslandwirten einen konstanten Mindestlohn und die Sozialversicherung, die man als privater Bauer nicht besitzt. Ausserdem bieten die Schwächen des sozialistischen Produktionssystems die reelle Chance, sich relativ intensiv mit dem eigenen landwirtschaftlichen Betrieb zu befassen. Der Absentismus in den Industriebetrieben ist in Polen bekannt : Der Nebenerwerbslandwirt kann folglich seine Arbeitsstelle ziemlich problemlos mit oder ohne Erlaubnis verlassen, um sich den privaten Geschäften zu widmen.

Selbstverständlich sind solche Praktiken, wie Tepicht als marxistischer Ökonom zugeben muss, häufig eng mit klientelären Transaktionen verbunden (Tepicht, 1973, 112). Die Nachsicht eines Vorgesetzten kann beispielsweise mit der Beschaffung von raren landwirtschaftlichen Produkten ausgeglichen werden. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse werden nun in der Regel dem informellen Markt zur Verfügung gestellt, so dass der Nebenerwerbslandwirt seine ökonomischen Chancen optimal maximieren kann.

Diesem Verhalten liegt gewissermassen eine "doppelte Moral" zugrunde : Einerseits werden die Angebote des sozialistischen Systems, sofern sie Vorteile mit sich bringen, wahrgenommen, andererseits wird das System durch den Absentismus am Arbeitsplatz und durch die Teilnahme an der illegalen "Schattenwirtschaft" unterwandert.

6. "Ernähren und Verteidigen" : Paria-Lage und Elitebewusstsein polnischer Bauern

Das Selbstbewusstsein bzw. das stolze Sendungsbewusstsein polnischer Bauern ist mehrmals hervorgehoben worden (Wierzbicki, 1985). Belletristisch haben Schriftsteller wie Zeromski, Prus und Dabrowska dieses Phänomen beschrieben. Es war jedoch vor allem der Nobelpreisträger Reymont in seinem Roman "Die Bauern", der sich mit dieser Thematik auseinandergesetzt hat (Panova, 1976).

Es handelt sich allerdings nicht um eine literarische Fiktion, denn mehrere soziologische Untersuchungen haben die hohe Selbsteinschätzung der kleinen, privaten Landbesitzer im sozialistischen System bestätigt. Diese fühlen sich den Arbeitern, Angestellten und Leitern der landwirtschaftlichen Staatsgüter statusmässig überlegen (Pohoski, 1970, 138).

Vielleicht hängt Landbesitz nicht mehr so stark wie vor dem zweiten Weltkrieg mit dem Gefühl der nationalen Würde zusammen (Chalasinski, 1972, 9 ff). Der Besitz eines privaten Hofes hat allerdings nach wie vor seine Faszination nicht verloren. Die eigenständigen Bauern in der polnischen Gesellschaft stellen - wie Halamska betont - die einzige Schicht dar, die sich durch ihren Privatbesitz innerhalb der kollektivierten sozialistischen Gesellschaft definiert und bewusst abgrenzt. Die privaten Landbesitzer betrachten sich deshalb selbst als die Gruppe, die durch das sozialistische System weder politisch noch moralisch "verdorben" worden ist (Halamska, 1985). Landbesitz ist also letztlich ein Zeichen für Integrität.

Ausserdem sehen sich die Bauern als die "Klasse" an, die seit den Teilungen durchgängig gegen die oktroyierten "Herrschaftssysteme" gekämpft hat. In diesem Sinne existiert laut Halamska sozusagen eine "goldene Legende" des polnischen Agrarrebellismus und der bäuerlichen Sozialbewegungen (Halamska, 1988).

Andererseits wird die polnische Agrargesellschaft nicht nur ökonomisch marginalisiert, sondern zugleich auch sozial stigmatisiert. Der Soziologe Rambaud betont, dass das sozialistische System den eigenständigen Bauern sogar ihre soziale Identität verweigert. Um seine These zu stützen, fügt er hinzu, dass der private Landbesitzer mit dem Arbeitslosen gleichgestellt wird, denn in seinem Personalausweis wird - anders als bei der "normal" arbeitenden Bevölkerung - die Bezeichnung der Arbeitsstelle nicht aufgeführt (Rambaud, 1982). Als zusätzliche Schikanierungsstrategie des Systems gegenüber dem privaten landwirtschaftlichen Sektor könnte abschliessend noch die staatliche Monopolisierung der offiziellen Absatzmechanismen erwähnt werden (Tepicht, 1973, 104), die bekanntlich die ökonomischen Entfaltungsmöglichkeiten der Familienbetriebe eindämmen sollen.

In Anlehnung an Mühlmann kann man also sagen, dass die polnischen Bauern im sozialistischen System ein Elitebewusstsein haben und sich gleich-

zeitig in einer Paria-Lage befinden, die sie selbst wahrnehmen (Mühlmann, 1964). Nach der Auflösung der Solidarnosc-Verbände im Dezember 1981 verhalten sich polnische Landbesitzer und ihre Familien wohl wie typische Parias, die die Fähigkeit des geduligen Ausharrens inmitten eines übermächtigen Herrschaftssystems besitzen bzw. die Technik des "unteren Weges", d.h. des Durchschlüpfens, des Durchhaltens und des Überstehens beherrschen. Dieses Verhalten darf jedoch mit Resignation oder Fatalismus nicht gleichgesetzt werden.

Die Kombination von Elitebewusstsein und Paria-Lage ist - wie Mühlmann überzeugend gezeigt hat - oft der Ausgangspunkt für soziale Bewegungen mit charismatischem und chiliastischem Charakter gewesen (Mühlmann, 1964). Wenn das sozialistische System weiterhin auf der Engels'schen Prophetie beharrt, dann ist die Mobilisierung einer neuen Bauernbewegung in der polnischen Tradition des ruralen Protestes nur eine Frage der Zeit.

7. Postskriptum

Dieser Beitrag wurde eigentlich im Winter 1987 als Habilitationsvortrag verfasst. Inzwischen ist unter den Brücken der Weichsel viel Wasser geflossen. Die dramatischen Ereignisse der letzten Zeit, d.h. die "Niederlage" der offiziellen Wirtschaftspolitik bei der Volksabstimmung vom November 1987 sowie die Protestwelle im Mai 1988, könnten die Vermutung entstehen lassen, dass die hier vertretenen Ansichten korrigiert werden sollten. Die Entwicklungen im letzten Jahr in Polen bekräftigen dagegen einige in diesem Artikel formulierte Ausführungen. Die Annahme, dass die sozialistische Legalität lediglich über eine äusserst prekäre Legitimität verfügt, wird eigentlich sowohl von den Resultaten des Referendums als auch von den Streiks im Industriesektor völlig bestätigt, wobei vor allem die letztgenannten Aktionen die endemischen rebellistischen Tendenzen in der polnischen Gesellschaft in beeindruckender Weise entlarven. Im Hinblick auf die Volksabstimmung vom November 1987 muss allerdings eine Präzisierung hinzugefügt werden. Beim Wahlverhalten handelte es sich selbstverständlich um ein Misstrauensvotum, das jedoch eine gewisse Ambivalenz beinhaltete. Es herrschte demzufolge bei der polnischen Bevölkerung die Befürchtung vor dass die Reform tatsächlich etwas bewirken könnte, nämlich die Eindämmung und die Kontrolle der bequemen "parallelen ökonomie". Gefährdet war also das Prinzip "ein Pseudo-Gehalt für eine Pseudo-Arbeit im sozialistischen Bereich; die echten Profite dommen sowieso aus dem informellen Sektor". Ein solches Verhalten ist aber wiederum der beste Beweis für die Bedeutung der "doppelten Moral" im sozialistischen System.

BIBLIOGRAPHIE

- BARTOSZEWSKI Wladyslaw (1986), *Aus der Geschichte lernen ? Aufsätze und Reden zur Kriegs- und Nachkriegsgeschichte Polens*, dtv, München.
- BRAUDEL Fernand (1982), *La méditerranée et le monde méditerranéen à l'époque de Philippe II*, Armand Colin, Paris.
- BRODOWSKA Helena (1961), *Historia Polski drugie polowa XIX wieku. Okres kapitalizmu przedmonopolistycznego (Die Geschichte Polens in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts. Die Epoche des vormonopolistischen Kapitalismus)*, Warschau.
- BURSZTA Józef (1979), "Methoden und Resultate der ethnologischen Untersuchungen lokaler Gemeinschaften in Polen" in WIEGELMANN Günter (Hg.), *Gemeinde im Wandel. Volkskundliche Gemeindestudien in Europa*, Münster.
- CANAPA Marie-Paule (1985), *Paysans et Nations d'Europe Centrale et balkanique. La réinvention du paysan par l'état en Europe Centrale et balkanique aux XIX. et XX. siècles*, C.N.R.S., Paris.
- CHALASINSKI Józef (1964), *Nation, Culture, Personality in the Life Records of the Young Rural Inhabitants in People's Poland*, Poznan.
- CHALASINSKI Józef (1972), *The Dieries of the Young Peasant Generation as a Manifestation of Contemporary Culture*, Warschau.
- EBERTZ Michael N. & SCHULTHEIS Franz (Hg.) (1986), *Volksfrömmigkeit in Europa. Beiträge zur Soziologie populärer Religiosität aus 14 Ländern*, Chr. Kaiser, München.
- ENGELS Friedrich (1977), "Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland" in MARX Karl, ENGELS Friedrich, *Werke*, Bd. XXII, Dietz Verlag, Berlin, 483-505.
- FRYKOWSKI M. Łódź (1983), "Mass Culture and Cultural Traditions of Village", *Acta Universitatis Lodziensis, Folia Sociologica*, 7, 17-25.
- GALAJ Dyzma (1974), "The Polish Peasant Movement in Politics : 1895-1969", in LANDSBERGER H.-A., *Rural Protest : Peasant Movements and Social Change*, Macmillan, London - Basingstoke, 316-347.
- GALESKI Boguslaw (1982), "The Solving of the Agrarian Question in Poland", *Sociologia Ruralis*, Assen, 22/2, 149-166.
- HALAMSKA Maria (1985), "The Specific Character of the Peasants' Movement during the Renewal Period and its Conditions", Paper presented to the International Conference "Social Movements as a Factor of Change in the Contemporary World", (Unveröffentl. Manuskript), Krakau.
- HALAMSKA Maria (1988), "Rurale Identität und bäuerliche Bewegung in Polen" in GIOR-DANO Christian & HETTLAGE Robert (Hg.), *Bauerngesellschaft im Industriesystem. Zur sozialen Konstruktion ruraler Lebenswelten*, Reimer Verlag, Berlin (in Vorbereitung).
- HEBERLE Rudolf (1967), *Hauptprobleme der politischen Soziologie*, Enke, Stuttgart.
- HOBSBAWM Eric J. (1962), *Sozialrebelln. Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert*, Neuwied, Luchterhand, Berlin.
- KIENIEWICZ Stefan (1969), *The Emancipation of the Polish Peasantry*, The University of Chicago Press, Chicago.
- KIENIEWICZ Stefan (1982), *L'indépendance et la question agraire. Esquisses polonaises du XIX. siècle. Opera minora*, Wrocław.
- KLODZINSKI Marek (1987), "Economic and Social Aspects of Part Time Farming in Poland", *Sociologia Ruralis*, Assen, 27/1, 67-74.
- KOLANKIEWICZ George (1980), "The New 'Awkward Class' : The Peasant Worker in Poland", *Sociologia Ruralis*, Assen, 20/1-2, 28-43.

- LANDSBERGER Henry A. (Hg.) (1974), *Rural Protest : Peasant Movements and Social Change*, Macmillan, London - Basingstoke.
- LIFSZYC Isaj (1928), *Die Agrarfrage in Polen*, Łódź.
- MARX Karl (1979), *Das Kapital*, Dietz Verlag, Berlin.
- MENDRAS Henri (1976), *Sociétés Paysannes*, Armand Colin, Paris.
- MÜHLMANN Wilhelm E. (1964), *Chiliasmus und Nativismus. Studien zur Psychologie und historischen Kasuistik von Umstürzbewegungen*, Reimer Verlag, Berlin.
- PANOVA Magda (1976), *Social and Economic Stratification and the Attitude towards Land (On the Basis of Polish and Bulgarian Literary Sources from the Beginning of the Century)*, Torun.
- PIETRASZEK E. (1976), *The Determinants of Conservatism and Tradition in Urbanized Villages. Some Observations and General Remarks from Poland*, Wrocław.
- PIWOWARSKI Wladyslaw (1986), "Die patriotische Massenreligiosität" in EBERTZ M.-N. & SCHULTHEIS F. (Hg.), *Volksfrömmigkeit in Europa, Beiträge zur Soziologie populärer Religiosität aus 14 Ländern*, München, cfr. pag. 1, publ. 8).
- POHOSKI Michal (1970), "La mobilité socio-professionnelle des fils des paysans" in TURSKI Ryszard (Hg.), *Les transformations de la campagne polonaise*, Wrocław.
- RAMBAUD Placide (1982), "Les Paysans Polonais à la conquête de leur identité", *Les actes de la recherche en sciences sociales*, Paris, 41.
- RUTKOWSKI Jan (1950), *Historia Gospodarcza Polski*, Wirtschaftsgeschichte Polens, Posen.
- SALUDA (1976), *Opinions of Inhabitants of the Country on the State Farms*, Olsztyn.
- SERING Max (Hg.) (1930), *Die agrarischen Umwälzungen im ausserrussischen Osteuropa*, Berlin - Leipzig.
- SPICKERMANN Alexander (1928), *Agrarfrage und neustaatliche Bodenreformbestrebungen in Polen*, Łódź.
- TEPICHT J. (1973), *Marxisme et agriculture. Le paysan polonais*, Paris.
- THOMAS William I. & ZNANIECKI Florian (1958), *The Polish Peasant in Europe and America*, Dover Publications, Boston/New York.
- TURSKI Ryszard (Hg.) (1970), *Les transformations de la campagne polonaise*, Wrocław.
- WEBER Max (1956), *Wirtschaft und Gesellschaft*, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.
- WIEGELMANN Günter (Hg.) (1979), *Gemeinde im Wandel. Volkskundliche Gemeindestudien in Europa*, Münster.
- WIERZBICKI Zbigniew T. (1985), "L'identification nationale des paysans polonais au XIX. siècle" in CANAPA Marie-Paule (Hg.), *Paysans et Nations d'Europe centrale et balkanique. La réinvention du paysan par l'état en Europe Centrale et balkanique aux XIX. et XX. siècles*, C.N.R.S. Paris, Vgl. pag. 1, publ. 5, 227-239.
- WIERZBICKI Zbigniew T. & RAMBAUD Placide (1982), "The Emergence of the First Agricultural Trade Union in Socialist Poland", *Sociologia Ruralis*, Assen, 22/3-4, 209-226.
- WOS Augustyn & GROCHOWSKI Zbigniew (1979), *Recent Development in Polish Agriculture*, Warschau.
- WOS Augustyn (1979), "Przemiany struktury agrarnej (Wandel der Agrarstruktur)", *Zycie Gospodarcze (Wirtschaftsleben)*, Tageszeitung, 1er avril.